

Bundesministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz
Johannes Gerds
Referat RA2
Mohrenstraße 37

10117 Berlin

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	
Abt. R	Ref. A2
26.06.2015 10:43	
.....Anlagenfach
.....Doppel	

16. Juni 2015

as-hs /II-23-BMJ-
Entwurf-Gesetz-Änderung SV-Recht

**Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sachverständigenrechts und zur
weiteren Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den
Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit**

Sehr geehrter Herr Gerds,
sehr geehrte Damen und Herren,

*11.6.6. Kontrolle
Kontrolle
21.6.6. R 2 3801/2 -
R5 526/2014 (8/1)
fr. 26.6.*

von einem befreundeten Verband wurde uns der oben genannte Referentenentwurf
zugeleitet. Bereits in unserem Schreiben vom 15. Mai 2014 im Rahmen der Umsetzung der
Verbraucherrechterichtlinie in nationales Recht hatten wir Herrn Dr. Schomburg und Herrn
Hartmann (Referat IB6) darum gebeten, uns in die entsprechende Liste von Verbänden mit
aufzunehmen, um zukünftig an unser Sachgebiet betreffenden Gesetzgebungsverfahren
beteiligt zu werden.

Der Bundesverband der freiberuflichen und unabhängigen Sachverständigen für das
Kraftfahrzeugwesen e.V. – BVSK – vertritt ca. 1000 Kfz-Sachverständigenbüros in
Deutschland, die mit ihren Mitarbeitern ca. 1 Mio Gutachten jährlich erstellen. Ca. 350
unserer Sachverständigen sind öffentlich bestellt und vereidigt.

Grundsätzlich begrüßen wir das Bestreben, die Unabhängigkeit und Neutralität gerichtlich
bestellter Sachverständiger sowie die erforderliche Qualität sicherstellen zu wollen. Wie Sie
in Ihrer Begründung ausführen, liegt dies bisweilen jedoch an der fehlerhaften Auswahl der

Sachverständigen durch die Gerichte. Daher ist bereits fraglich, ob die obligatorische Anhörung der Parteien vor Beauftragung des Sachverständigen hier hilfreich sein kann, da die Parteien im Zweifel weder Kenntnisse des Sachgebietes haben, noch die entsprechenden Persönlichkeiten benennen können, welche sich auf diesem Sachgebiet auskennen.

Wir regen in diesem Zusammenhang daher an, relevante Verbände aufzufordern, entsprechende Listen mit Sachverständigen für die jeweiligen Sachgebiete im Voraus zur Verfügung zu stellen, um die entsprechende Qualität hinsichtlich der Fachkenntnis der Sachverständigen sicherzustellen.

So hat der BVSK beispielsweise in den letzten Monaten alle Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte über die Qualifikation seiner Mitglieder und die vorhandene Fachkompetenz auf Spezialgebieten informiert.

Weiter ist zu bedenken, dass der Sachverständige bereits aus berufsrechtlichen Gründen zur Prüfung und Mitteilung von Interessenkonflikten verpflichtet ist. Es besteht zudem stets von Seiten der Parteien die Möglichkeit, der Beauftragung eines Sachverständigen - im Falle der Besorgnis der Befangenheit - zu widersprechen.

Auch die Frage der Erhöhung von Ordnungsgeldern gegen den Sachverständigen bei Fristversäumnis von künftig bis zu 5000,00 € statt 1000,00 € erscheint aus unserer Sicht unverhältnismäßig. Bereits bei einem Ordnungsgeld von bis zu 1000,00 € erscheint die drohende Sanktion ausreichend.

Abschließend betonen wir nochmals unser Hauptanliegen, dass wir in die Liste von Verbänden aufgenommen werden, um zukünftig bei Gesetzgebungsverfahren auch entsprechend beteiligt zu werden.

Weiter wären wir für eine zeitnahe Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragestellungen und Anregungen verbunden.

Mit freundlichen Grüßen



Jutta Aschmann

Recht und Wirtschaft